

Geschäftsführung
Bezirksvertretung Uellendahl-
Katernberg

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8055
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	27.01.2003

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg am 23.01.2003

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans-Joachim Lüppken:**

von der CDU-Fraktion

Frau Renate Bente, Herr Daniel Eichler, Frau Heike Grüter, Herr Herbert Grüter, Herr Wolfgang Sacré,

von der SPD-Fraktion

Frau Rita Braunersreuther, Frau Gabriela Ebert, Herr Helfried Haarbeck, Herr Hans Hundeshagen, Frau Rosemarie Hundeshagen, Herr Winfried Schrahe,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Rolf Bronold,

als beratende Mitglieder

Herr Stv. Dittgen, Herr Stv. Rösener,

von der Verwaltung

Frau Beig. Drevermann - GB Kultur, Bildung u. Sport, Herr Schulze - SB Schulen, Herr Hoffmann - GMW, Herr Ostermann - R Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Burkhard Josef Buse, Herr Josef Maaßen, Herr Gerd Teichmüller,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Guido Gehrenbeck,

von der FDP-Fraktion

Frau Charlotte Weillbrenner.

Schriftführerin:

Frau Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Öffentliche Sitzung

1 Einführung und Verpflichtung einer neuen Bezirksvertreterin

Der **Bezirksvorsteher** führt **Frau Heike Grüter** in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

2 Berichte und Mitteilungen

- 1.1 Garagenzufahrt Am Deckershäuschen
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
 - 1.2 Wegesperrung Siebeneicker Straße - Schanzenweg
- Stellungnahme R Umwelt, Grünflächen und Forsten
 - 1.3 Baumfällungen Auf der Nüll / Am Brucherhäuschen
- Informationen R Umwelt, Grünflächen und Forsten
 - 1.4 Ehrung bei Ehejubiläen - Änderung zum Jahr 2003
- Information der Staatskanzlei des Landes NW
-

3 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

entfällt

4 Bezirksjugendrat

Der **Bezirksvorsteher** begrüßt den neugewählten Bezirksjugendrat, dessen einzelne Mitglieder sich anschließend kurz vorstellen.

5 Grundschulentwicklungsplanung Vorlage: VO/5059/02Neufassung

Die **SPD-Fraktion** zeigt sich irritiert über die sehr plötzlich aufgekommene Absicht zur Schließung der GGS Kohlstraße. Die Schule und die Eltern seien davon vollkommen überrascht worden. Sie lehnt eine Schließung der Schule ab und schlägt stattdessen Verwaltung und Arbeitsgruppe vor, sich Gedanken über eine Einrichtung der Schule als Offene Ganztagschule zu machen und zu prüfen, ob nicht eine Fusion mit der kath. Grundschule Leipziger Straße sinnvoll sei.

Die **CDU-Fraktion** verweist auf die vor einer Woche stattgefundene Veranstaltung mit Vertretern der Verwaltung und betroffenen Eltern, bei der es auf beiden Seiten gute Argumente für und gegen eine Schließung der Schule gegeben habe. Das von ihr bei der Diskussion über eine Schließung der GS Am Dönberg aufgeführtes Argument einer ungerechten Behandlung des Stadtteils ziehe zwar nicht mehr, da jetzt ja nur eine Schule geschlossen werden solle; dass diese Schließung aber einen langfristigen Beitrag zur Sanierung des städt. Haushalts leiste, verneine sie aber auch hier. Die GS Kurt-Schumacher-Straße müsse um sieben Klassen erweitert werden, was diese Schule nicht nur größtmäßig - sowohl von der Anzahl der Schüler als auch vom Grundstück her - nicht mehr verkrafte, sondern was auch 1.7 Mio. € kosten werde. Die Einsparungen in Höhe von 4.4 Mio. € durch einen Verkauf des Grundstücks bezweifle sie, da wegen der Abstandsflächen eine vernünftige Nutzung des Grundstücks nur mit Einbeziehung des Sportplatzes Hardenberg möglich sei. Einer Aufgabe des Sportplatzes werde sie aber niemals zustimmen. Auch die angeführten Einsparungen durch den Wegfall von Mietzahlungen könne

man - gesamtstädtisch betrachtet - nicht als Einsparung sehen, da das Gebäudemanagement dadurch ja einen Einnahmeausfall habe. Aus allen diesen Gründen könne auch sie dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

Frau Beig. Drevermann führt aus, dass finanzielle Gesichtspunkte sicherlich auch eine Rolle gespielt hätten; vorrangig sei aber der Rückgang der Schülerzahlen bis zum Jahr 2007, auf den die Stadt habe reagieren müssen. Nach vielen Veranstaltungen und Diskussionen mit Schulen und Eltern habe es auch in der Arbeitsgruppe unterschiedliche Auffassungen und Erkenntnisse gegeben. Sie hebt hervor, dass es sich immer um eine offene Planung gehandelt habe, in die man die Ergebnisse der zahlreichen Veranstaltungen und der Beratungen in den Bezirksvertretungen habe einfließen lassen. So sei letztendlich eine abschließende Beurteilung mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis entstanden.

Die **SPD-Fraktion** stellt noch einmal fest, dass für sie der Weg zu diesem Beschlussvorschlag sehr erstaunlich sei. Vor Weihnachten habe die Schule Kohlstraße überhaupt nicht zur Diskussion gestanden, nun habe sie wegen der Kürze der Zeit kaum noch Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Unter einer offenen Planung verstehe sie etwas anderes, nämlich eine Abwägung in der Öffentlichkeit - u. a. auch in den Sitzungen der Bezirksvertretungen - zwischen mehreren Varianten. Die Schule Kohlstraße sei nun ein Überraschungsoffer. Hierin sehe sie eine Ungerechtigkeit gegenüber der Schule und bitte daher auch den Rat, die Schließungsabsicht zu überdenken und der Schule - evtl. mit den vorgeschlagenen Alternativen - eine faire Chance zu geben.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 23.01.2003:

Es wird empfohlen, den Beschlussvorschlag hinsichtlich der Auflösung der GGS Kohlstraße abzulehnen.

Die Bezirksvertretung bittet stattdessen Verwaltung und Arbeitsgruppe um Prüfung folgender Vorschläge:

1. Einrichtung der GGS Kohlstraße als Offene Ganztagschule
2. Fusion der GGS Kohlstraße mit der kGS Leipziger Straße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

6

Bauvorhaben Neuenbaumer Weg

Herr Ostermann - R Stadtentwicklung und Stadtplanung - führt aus, dass es sich bei den fraglichen Grundstücken am Neuenbaumer Weg um Grundstücke im Außenbereich handele, für die es keinen Bebauungsplan gebe. Hier sei nach § 35 BauGB zu entscheiden, der in solchen Bereichen aber nur privilegierte Bauvorhaben wie landwirtschaftliche Betriebsgebäude oder Windkraftanlagen zulasse. Daher sei die von den Bauwilligen beantragte Bebauung zu Recht abgelehnt worden.

Die nunmehr ins Gespräch gebrachte Aufstellung eines Bebauungsplanes widerspreche dem Gebietsentwicklungsplan, da es sich bei diesem Gebiet um einen regionalen Grünzug handele, der auch diese Funktion ausübe. Die Verwaltung habe in einer Überprüfung möglicher Baugebiete auch festgestellt, dass es unter ökologischen Gesichtspunkten besser geeignete Bereiche gebe.

Die **Fraktionen** von **SPD** und **CDU** sind etwas erstaunt über die klare Aussage der Verwaltung. Hätte man die Probleme schon früher so klar zum Ausdruck

gebracht, wäre dies vielleicht schon längst kein Thema mehr. So aber sei den Grundstückseigentümern immer wieder Hoffnung gemacht worden, u. a. eben auch mit dem Hinweis auf ein eventuelles Bauleitplanverfahren. Die BV habe bei der Behandlung des Flächennutzungsplanes für eine Bebauung dieses Bereiches gestimmt, da die Grundstücke nicht im Landschaftsschutzgebiet liegen und kleinflächige Lücken geschlossen werden sollten. Daher habe die BV auch auf eine Anregung aus der Verwaltung gehofft, wie das Bauvorhaben doch realisiert werden könne.

Herr Ostermann verweist noch einmal darauf, dass der Gebietsentwicklungsplan einer Bebauung entgegenstehe und es zudem für eine großflächige Bebauung besser geeignete Flächen gebe. Für zwei Häuser könne kein Bebauungsplan aufgestellt werden. Das werde die Bezirksregierung niemals genehmigen.

Nach kurzer Diskussion stellen die **Fraktionen** mit Bedauern gegenüber den Antragstellern fest, dass sie keine Möglichkeiten zur Aufstellung eines Bebauungsplanes sehen.

**7 Umstufung mehrerer Teilabschnitte des Westfalenweges von einer Kreisstraße zu einer Gemeindestraße
Vorlage: VO/0879/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 23.01.2003:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**8 2. Verlängerung einer Veränderungssperre BP 1021
Uellendahler Straße (hinter Haus 240)
Vorlage: VO/0947/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 23.01.2003:

Der Beschlussvorschlag wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Wiederherstellung der Straße "In den Birken"
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: VO/1000/03**

Herr Bronold sagt zu, nach Beendigung der Frostperiode den Zustand der Straße prüfen zu lassen und der BV über das Ergebnis zu berichten. Die BV könne dann einen entsprechenden Beschluss fassen, in dem sie die WSW auffordert, die Mängel zu beseitigen.

Die **Fraktionen** von **CDU** und **SPD** sind mit diesem Vorschlag einverstanden, weisen aber darauf hin, dass offensichtlich bei der Abnahme der Arbeiten nicht auf die Qualität geachtet worden sei und daher neue Abschnitte vor einem Beschluss der BV nicht abgenommen werden sollten.

Herr Bronold stellt fest, dass es einen fünfjährigen Gewährleistungsanspruch gegenüber den Firmen gebe.

Frau Bente meint, dass die während der Bauarbeiten vorhandenen Querrillen sehr tief seien. Das sei für die Autofahrer ein Problem.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 23.01.2003:

Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg beauftragt das zuständige Ressort der Stadtverwaltung, nach der Frostperiode im Hinblick auf die Bauarbeiten der WSW AG den Zustand der Straße „In den Birken“ zu prüfen und der Bezirksvertretung zu berichten, wie der ordnungsgemäße Zustand der Straße wieder hergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**10 Quotierte Mittel der Bezirksvertretung
- Antrag der GS Am Dönberg**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 23.01.2003:

Die Bezirksvertretung stellt der Grundschule Am Dönberg aus den verfügbaren Mitteln des Verwaltungshaushaltes 2002 den Betrag von 408.41 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Hans-Joachim Lüppken
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin